



Anschrift: Beirat der Angehörigen im CBP – Mohnweg 6 – 49413 Dinklage

Sprecher:

Gerold Abrahamczik

Telefon: 0151/16734073

-Mail: <u>g.abrahamczik@angehoerigenbeirat-cbp.info</u>

Internet: www.angehoerigenbeirat-cbp.info

Datum: 14. Dezember 2021

Pressemitteilung

Der Beirat der Angehörigen im CBP zeigt sich entsetzt über den versteckten Aufruf zur Triage durch das Klinikum Landkreis Tuttlingen und das Landratsamt in Tuttlingen

Die "WELT" berichtet in einem Artikel vom 14.12.2021 über das Schreiben einer Klinik und das Landratsamt in Tuttlingen, in dem Pflege- und Behinderteneinrichtungen aufgefordert werden, "in dieser schwierigen Zeit Krankenhauseinweisungen besonders sorgfältig zu bedenken". Weiter heißt es in dem Schreiben: "Lassen Sie uns gemeinsam dafür Sorge tragen, dass die Behandlungsmöglichkeiten im akutstationären Bereich tatsächlich den Menschen – auch denen unter Ihren Bewohnerinnen und Bewohnern – zur Verfügung gestellt werden, die davon profitieren können."

"Wir sind fassungslos angesichts der Handlungsaufforderung, aber auch angesichts der Diktion, in dem zitierten Schreiben", berichtet Gerold Abrahamczik, Sprecher des Angehörigenbeirates im CBP. Die einseitige Einteilung von Patienten, die von einer Behandlung profitieren können gegenüber denen, die dies - nach wessen Einschätzung eigentlich? - nicht können verbunden mit dem Aufruf, dass Krankenhaus und die Notfallmedizin nicht zu behelligen, einzig bei alten und behinderten Menschen weckt unsägliche Assoziationen zur Einteilung in wertes und unwertes Leben aus den dunkelsten Kapiteln unserer Geschichte. Das Schreiben weckt so existenzielle Ängste bei Menschen mit Behinderung und ihren Angehörigen, dass sie im Falle einer schwerwiegenden Erkrankung zugunsten nicht behinderter und / oder jüngerer Menschen nicht intensivmedizinisch behandelt oder erst gar nicht ins Krankenhaus aufgenommen werden. "Wenn man sich sein Leben lang um sein behindertes Kind kümmert und sorgt, dabei viele Entbehrungen und Einschränkungen gerne hinnimmt und klaglos erträgt, über die Gesundheit wacht und oft auch bangt, ist das eine unsägliche Vorstellung" so Gerold Abrahamczik.

Leider deckt sich das Schreiben mit einer Empfehlung der Deutschen Interdisziplinären Vereinigung für Intensiv- und Notfallmedizin (DIVI), die Menschen mit Behinderung ebenfalls nicht angemessen berücksichtigt. Auch DIVI empfiehlt bei nicht für alle Patienten ausreichenden Ressourcen eine Einschätzung der Erfolgsaussichten einer Intensivtherapie im Hinblick auf ein realistisch erreichbares, patientenzentriertes Therapieziel im Vergleich zur Erfolgsaussicht der Intensivtherapie für andere Patienten. Menschen mit Behinderung sehen sich hier diskriminiert und in ihrem gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Leistungen

Wir sind das gewählte Gremium der Angehörigen von rd. 200.000 Menschen mit Behinderungen oder mit psychischer Erkrankung in mehr als 1.100 Mitgliedseinrichtungen und Diensten im CBP. Wir vertreten die Interessen unserer Kinder, Geschwister, Ehe- und Lebenspartner, die sich wegen der Schwere ihrer Behinderung nicht oder nur sehr eingeschränkt äußern können sowie unsere Interessen als Angehörige von Menschen mit Behinderung.





Anschrift: Beirat der Angehörigen im CBP – Mohnweg 6 – 49413 Dinklage

benachteiligt, weshalb eine entsprechende Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anhängig ist.

"Wir hoffen sehr, dass das Gericht jetzt, wo eine Verschärfung der pandemischen Lage droht, zeitnah entscheidet, damit Menschen mit Behinderung einen gleichberechtigten Zugang zu medizinischen Leistungen gesichert haben" so Gerold Abrahamczik. Zugleich fordert der Angehörigenbeirat die neue Bundesregierung auf, der UN-Behindertenrechtskonvention auch bei der gesundheitlichen Versorgung Geltung zu verschaffen, die Benachteiligung von Menschen mit Behinderung gerade in den Zeiten, in denen der Schutz der Gesellschaft für Menschen mit Behinderung besonders gefordert ist, zu unterbinden, für einen gleichberechtigten Zugang zu intensivmedizinischen Leistungen zu sorgen und insbesondere die Triage von Menschen mit Behinderung gesetzlich auszuschließen.